

Insgesamt wurde die Sitzungsvorlage seitens den Fraktionen begrüßt, um das Parken als Pilotprojekt für die Dauer eines Jahres vor Ort zukünftig zu regeln und das Parken der Bewohner vor Ort sicherzustellen. Diskussionen gab es über die Gebührenregelung, die in der Sitzungsvorlage angegebenen Preise von 30 € und 130 € und über die angeführte Parkscheibenregelung bis 18 Uhr. Überwiegend fiel der Betrag von 30 € auf Zustimmung für die Dauer des Jahres, danach müsse dieser vermutlich angepasst werden. Bei der Parkscheibenregelung wurden Vor- und Nachteile für einzelne Anlieger erörtert und angesprochen, dass man diese nach dem Testjahr ebenfalls hinterfragen solle.

Seitens Bündnis90/DIE GRÜNEN kam die Frage auf, ob man auch einen Preis in der Mitte realisieren könne, andere Kommunen hätten 30 € jedoch war dies bislang der Höchstbetrag, so dass diese nun ebenfalls in Preisfindungen gingen, um Kostendeckend das Anwohnerparken anbieten zu können. Sollten 30 € von den anderen Fraktionen gewünscht sein, sollte man die Gebühren für die Pilotphase von einem Jahr begrenzen.

Der Ordnungsgeber habe den Kommunen Ermessen für das Festlegen der Gebühren eingeräumt, teilte Herr Müller mit. Es gebe eine Übermaßgrenze, aber wenn diese nicht erreicht würde, wäre es denkbar. Die Zeiten orientieren sich an den bereits bestehenden Parkscheibenregelungen im Zentrum.

Sollte der Parkplatz der MI Flächen entfallen, würde sich der Parksuchverkehr in die Wohngebiete ausdehnen, wenn es keine Regelung gäbe, bemerkte Herr Quast (SPD-Fraktion). Er begrüße die Beschränkung auf ein Jahr, da man nach der Zeit gut Evaluieren könne. Fragte aber auch, ob man Personal für eine Überprüfung und Einhaltung der Regeln habe.

Mit dem bestehendem Personal sei dies nicht möglich, führte Herr Müller aus. Jedoch würden 0,5 Stellen für den Bürgerservice und 2 mal 0,5 Stellen für Verkehrsaufseher im Haushalt angemeldet.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) bat die Verwaltung, den Stichweg an der Südstraße mit in die Parkraumbewirtschaftung aufzunehmen. Außerdem sollen die Bürger in einem Anschreiben über die Parkraumbewirtschaftung informiert werden. Beide Vorschläge wurden von der Verwaltung aufgenommen und zugestimmt.

Die Parksituation an der KiTa Spichelsfeld sei nicht geklärt und sollte mit in eine Überlegung der Bewirtschaftung fließen, bemerkte Frau Dr. Echterhoff (SDP-Fraktion).

Herr Puffe (CDU-Fraktion) merkte an, dass Garagen häufig nicht für PKWs genutzt würden, sondern als Lager oder Wohnraumerweiterung. Hier müsse der Ausschuss ebenfalls ansetzen, um Kraftfahrzeuge von der Straße auf die privaten Grundstücke zu bekommen.